

**Pressemitteilung upm**

## **Dezentrales Management statt zentralistischer Detailsteuerung**

### **44. Jahrestagung der deutschen Universitätskanzler eröffnet**

Münster (upm), 26. September 2001

Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Gabriele Behler will an den Hochschulen "zentralistische Detailsteuerung durch ein dezentrales Management" ersetzen. Bei der Eröffnung der 44. Jahrestagung der deutschen Universitätskanzler warnte sie am Mittwoch, 26. September 2001, in Münster davor, diese geplante Deregulierung als Rückzug der Politik aus der Verantwortung für die Hochschulen zu verstehen. Vielmehr werde die staatliche Verantwortung wirkungsvoller wahrgenommen, wenn die Politik den finanziellen und strukturellen Rahmen für das Hochschulwesen setze und sich im Übrigen darauf beschränke, über Grundsatzentscheidungen oder über Zielvereinbarungen zu steuern.

In diesem Zusammenhang begrüßte es die Düsseldorfer Bildungsministerin, dass auch die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Zusammenhang mit der Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern auf dem Prüfstand stehe.

Verfahrensänderungen allein könnten allerdings die schon seit 1992 bestehenden Finanzprobleme im Hochschulbau nicht beseitigen. Behler: "Hier gilt es, unabhängig vom jeweiligen Verfahren die materiellen Grundlagen dafür zu schaffen, dass unsere Hochschulen ihren Auftrag qualifiziert und effizient erfüllen können". Neue und andere Verfahrensregelungen im Hochschulbau dürfen nach Ansicht von Ministerin Behler nicht die Entwicklung zu mehr Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen behindern.

Die Kanzler der deutschen Universitäten beschäftigen sich auf ihrer Tagung in der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bis Freitag (28. September 2001) mit der Zukunft der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern am Beispiel Hochschulbau. Sie erwarten von den eingeladenen Experten aktuelle Informationen, wie die im Grundgesetz festgeschriebene Gemeinschaftsaufgabe künftig neu gestaltet werden soll.

Der Kanzler der Universität Münster und Gastgeber der Tagung, Dr. Klaus Anderbrügge, weiß sich mit seinen deutschen Kanzler-Kollegen einig, "dass diese wichtige Aufgabe vom Staat nicht vernachlässigt werden darf". Im Gegenteil: Die Verwaltungs-Chefs der deutschen Hochschulen fordern schon seit Jahren, dass die Verfahren im Bereich des Hochschulbaus einfacher, schneller und transparenter ablaufen und die Hochschulen mehr Mitspracherecht erhalten.